

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Rieser
Gesamt Nr. 20

Verlagsort: Orplow 2100
Gesamt Nr. 22

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Orsha.

Nr. 230.

Mittwoch, 2. Oktober 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Postanstalten vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundschreibzeile (7 Zeilen) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Hohe Tarife. Bewilligter Rabatt erstlich, wenn der Betrag verläßt, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gedr. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Pinterlich, Riesa. Verlagsort: Orplow 2100. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Bewirtschaftung von Munkelrüben.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 28. September 1918 wird mit dem Hinweis zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die auf Grund der Verordnung der Reichsstelle über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19. Juli 1918 erlassene sachliche Ministerialverordnung über den Verkehr mit Herbstgemüse der Ernte 1918 vom 5. August 1918 Nr. 1181 v. G. 2 — Nr. 188 der Sächsischen Staatszeitung vom 14. August 1918) auf Munkelrüben abentheils Anwendung findet.

Dresden, am 30. September 1918. 1746 v. G. 2 4520

Ministerium des Innern.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1. Die Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19. Juli 1918 (Reichsgesetzbl. S. 307) wird für das Gebiet des Deutschen Reiches auf Munkelrüben ausgedehnt.

§ 2. Die Bekanntmachung tritt drei Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. September 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst. Der Vorsitzende: von Tillo.

Karotten als Kontrollgemüse.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat entschieden, daß Karotten den Möhren gleich zu stellen sind. Sie fallen daher sowohl unter die Verordnung des Ministeriums des Innern über den Verkehr mit Herbstgemüse der Ernte 1918 vom 5. August 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 188), wie auch unter die Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 7. September 1918. Erzeuger von Karotten sind also verpflichtet, diese der Gemüsehauptkammerstelle zum Kaufe anzubieten.

Großenhain, am 27. September 1918. 376 b v. l. Der Kommunalverband.

Nr. 14 und 15 des Geleß- und Verordnungsblattes, sowie Nr. 113 bis 129 des Reichs-Gesetzblattes vom Jahre 1918 sind hier eingegangen und können in der Amtshauptmannschaft eingesehen werden.

Der Inhalt der Blätter ist aus dem Anschlag im Flur des Rathauses ersichtlich. Der Rat der Stadt Riesa, am 2. Oktober 1918.

Auf Nr. 41 der Lebensmittelkontrollkarte gelangen an die hiesigen Einwohnerwohneinrichtungen zum Preise von 20 Pf. für ein Pfund zum Verkauf. Der Zwiebelverkauf findet bei den Gemüsehändlern Voltrach, Schmidt, Georgplatz 1, Schmidt, Georgplatz 3, Consumverein, Ostmann und Galle statt. Die Zwiebeln werden voraussichtlich auf lange Zeit die letzten sein, die zum Verkauf kommen, weswegen sparsamer Verbrauch und sorgfältige Lagerung empfohlen wird.

Großenhain, am 2. Oktober 1918.

Der Gemeindevorstand.

Der Waffenstillstand zwischen Bulgarien und der Entente.

Wie das neutrale Bureau erfährt, ist der Waffenstillstand zwischen Bulgarien und der Entente abgeschlossen worden.

Eine weitere Meldung besagt: Der Waffenstillstand mit Bulgarien tritt sofort in Wirkung und bleibt bis Friedensschluss in Kraft. Die Unterhandlungen, die rein militärischer Art waren, wurden von einem französischen General und nicht von Diplomaten geleitet. Die Bedingungen sind folgende: 1. Sofortige Räumung der besetzten Gebiete in Griechenland und Serbien. 2. Sofortige Demobilisation des bulgarischen Heeres. 3. Übergabe aller Verkehrsmittel, Schiffe und Eisenbahnen. 4. Die Alliierten erhalten die Kontrolle über alle Waffen, die in den verschiedenen Teilen des Landes gesammelt und aufgestapelt werden sollen. 5. Die Alliierten erhalten freien Durchgang durch Bulgarien und besetzen die strategisch wichtigen Punkte. 6. In Bulgarien wird diese Forderung durchgeführte durch englische, italienische und französische Truppen, während die der griechischen Seite durch Griechen, die der serbischen durch Serben erfolgt. Es ist nichts über territoriale Forderungen bestimmt worden. Man beachtet alle Gebietsfragen bis zu dem allgemeinen Friedensschluss zu verschieben, so daß keine Differenzen entstehen können, die von nachteiligem Einfluß auf den Krieg sein könnten.

Die Bulgaren im Friedensstempel.

In Sofia, Philippopol und Kustschuk fanden kriegsfeindliche und antidemokratische Kundgebungen statt, wobei die Soldaten mit den Manifestanten gemeinsame Sache machten. Die Deutschen wurden auf den Straßen belästigt.

Französische Begeisterung.

Die Nachricht von der Unterwerfung Bulgariens hat in Paris, wo sie nachmittags durch Extrablätter bekannt wurde, eine noch größere Begeisterung ausgelöst, als alle bisherigen Siege des Weltkriegs. Die Journalisten hatten die Zeitungen noch nicht die Kapitulationsbedingungen mitgeteilt. Der „Petit Parisien“ verkündet, daß die Unterwerfung der bulgarischen Armee sofort nach der Unterzeichnung der Kapitulation am Abend des 29. September begonnen habe, daß die Kapitulation eine unbedingte Unterwerfung darstelle, daß ihre Bedingungen militärischer Art seien, und daß von Friedensverhandlungen zwischen Bulgarien und der Entente vorläufig nicht die Rede sein könne, solange der allgemeine Krieg fortdauert. — Die Zeitungen halten dementsprechend auch mit Erörterungen sowie über das Verhältnis zu Bulgarien selbst zurück und begnügen sich damit, die Wichtigkeit des bulgarischen Abfalles auf die allgemeine Lage zu erörtern.

Bonar hat triumphiert.

Neuter meldet aus London: Bonar hat die gehen eine Propagandareise für die Kriegsanleihe. Dabei erklärte er: „Montag mittags 12 Uhr haben die Feindseligkeiten an der mazedonischen Front, dem eben unterzeichneten Abkommen gemäß, ihr Ende gefunden. Das Abkommen überträgt den Verbündeten die Kontrolle über die bulgarischen Eisenbahnen, so daß Bulgarien nunmehr den Verbündeten ausgeliefert ist. Damit ist die Verbindung Deutschlands mit dem Osten abgeschnitten und der Traum eines Mitteleuropas erledigt. Beim Abschluß des Waffenstillstandes und der Festlegung der Bedingungen herrschte völliges Einverständnis zwischen der griechischen Regierung und den Verbündeten.“

Die „Times“ weiß die Alliierten auf die Rotwendigkeit hin, streng mit Verbindung von Bulgarien zu verfahren. Er sagt: Im Interesse der Bulgaren selbst kann man den Feinden nicht streng genug antworten. Sein unheilvoller Einfluß und sein Beispiel hat die Erfüllung der Bestimmung aus dem türkischen Joch unmöglich gemacht, und wenn es eines der Hauptziele der Alliierten ist, die Welt gegen die militärische Autokratie zu sichern, kann Verbindung von Bulgarien nicht auf dem Thron bleiben, da er die Verwässerung dieser Autokratie auf dem Balkan bildet.“

Die Rolle der bulgarischen Sozialisten beim Waffenstillstandsabschluß.

Nach einer Pariser Meldung der neuen Korrespondenz berichtet die „Agence des Balkans“ aus Sofia, daß die Haltung der sozialistischen Partei Bulgariens bei dem Abschluß, den der Kaiser Ferdinand und seine Minister faßten, eine wichtige Rolle spielen. In der Tat hat das Zentral-

komitee der sozialistischen Partei am 22. September beim Ministerpräsidenten Malinow vorgeschlagen und durchaus darauf bestanden, daß die politische und militärische Lage sofort in der Sobranje zur Diskussion gelange und Friedensverhandlungen mit den Alliierten einleitet würden. Die sozialistischen Sozialisten unternahmen bei Malinow mit den Karagieren einen gemeinsamen Schritt, worauf dieselbe Forderung von Seiten der Sozialisten gestellt wurde.

Die deutsche Auffassung der Lage. Die Ereignisse in Bulgarien sind noch immer im Fluße und es muß mit allen Eventualitäten gerechnet werden. Inzwischen sind die deutschen und österreichischen Truppen, die zur Hilfe entsandt wurden, an Ort und Stelle eingetroffen und haben bereits mit der Ausladung begonnen. Inwieweit ihre Bewegungen durch den abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag behindert werden, läßt sich, wie aus Berlin gemeldet wird, noch nicht voraussagen. Jedenfalls hat sich herausgestellt, daß die militärische Lage keineswegs so ungünstig ist, wie man anfangs angenommen hat. Eine endgültige Entscheidung über die Verwendung unserer Truppen ist noch nicht getroffen, steht aber nahe bevor.

Die „Freie Rtg.“ bemerkt zu der Unterwerfung Bulgariens u. a.: Die Folgen des jetzigen Waffenstillstandes sind sehr schwerwiegend, doch ist die Abmachung von der Sobranje nicht genehmigt. Aber auch wenn sie es wird, ist es ausgeschlossen, daß die Mittelmächte ruhig zusehen, was im Südosten Europas geschieht. Legt Bulgarien die Waffen nieder, so wird Mitteleuropa selbst den Balkan einnehmen müssen der leer geworden ist, und die Entente wird sich täuschen wenn sie glaubt, nun den Weg nach Konstantinopel mühelos besetzen zu können. Daß dabei Bulgarien, das nach Frieden strebt, möglicherweise Kriegsgebiet wird, ergab sich aus den Dingen von selbst. Die Lage ist für Deutschland und seine treue Verbündeten sehr schwer und es ist unmöglich, sich darüber zu täuschen. Wir dürfen und werden darum doch nicht verzagen, denn uns trägt das ganze Welt. Das Deutschland nicht verderben kann. Die innere Erneuerung, die unserem Staat und Volkstum jetzt klar liegt, wird uns die Kraft geben, auch die härtesten Prüfungen zu bestehen.

In den Tendenznachrichten über Oesterreich.

Knoke-Grahl-Ullrich meldet: Gegenüber dem Märchen, als ob die Monarchie einen Sonderfrieden schließen wollte, hat man uns von eingeweihter Seite, wo man die Auffassung der Regierung kennt, folgendes erklärt: Von einem Sonderfrieden der Monarchie ist weder heute noch war in der Vergangenheit die Rede, noch wird und kann in Zukunft die Rede davon sein. Weder im Kronrat noch im ungarischen noch im österreichischen Ministerrat noch in den gemeinsamen Ministerkonferenzen ist auch nur die entfernteste Möglichkeit, dieses absurden Gedankens ausgetauscht. Alle maßgebenden Faktoren der Monarchie und alle ernstlichen Faktoren der ungarischen Politik stimmen darin überein, daß unsere Friedensbestrebungen, die mit unerbittlicher Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit bestehen, nur in Gemeinschaft mit dem uns verbündeten Deutschen Reich aufzutreten können. Die alberne Tendenznachricht eines Sonderfriedens ist eine gefährliche Schwärze, die dem ehrlichen Herzen des nüchternen ungarischen Volkes von jeher fremd war.

Aus Budapest wird gemeldet: Der Präsident des Abgeordnetensabes gab gestern mittags an der Börse folgende Erklärung ab: „Anlässlich des Empfanges von Journalisten durch den Ministerpräsidenten wurden hier beunruhigende Gerüchte verbreitet, die geeignet gewesen wären, an der Börse eine Panik hervorzurufen. Als Präsident des Abgeordnetensabes ist es meine Pflicht, die Unrichtigkeit dieser Gerüchte zu erklären. Der Ministerpräsident erklärte über seine Mitteilung an die Journalisten, daß er sie hergebeten habe, um sie über die Lage zu unterrichten, die in der Tat infolge der bulgarischen Ereignisse nicht günstig sei. Zur Beruhigung könne er aber sagen, daß alle Maßnahmen getroffen seien. Was den Frieden betreffe, so bestehe die frühere Friedensgemäßheit auch jetzt noch. Die notwendigen Schritte seien im vollen Einverständnis mit Deutschland getan worden. Es bestehe aber kein Grund zum Erschrecken. Er bitte, die in solchen Zeiten umlaufenden unglücklichen Nachrichten behutsam aufzunehmen, denn die durch amerikanische Ausstrahlungen verursachten wirtschaftlichen Schäden seien verhängnisvoll und die auf solche Weise verbreiteten Gerüchte niemals zurückzuführen. Die Sicherheit der geschäftlichen Lage liege in deren Unwahrheit.“

Auf der Kanzlersuche.

In den Besprechungen, die der Vizekanzler und der Schatzsekretär Graf Hödorn am Montag nachmittag mit den einzelnen Parteiführern im Auftrage des Reichskanzlers gehabt haben, um die vom Kaiser befohlene Neuordnung der Regierung in die Wege zu leiten, ist die erste grundsätzliche Entscheidung in dem Sinne gefällt worden, daß nicht eine Koalitionsregierung, sondern eine Regierung der Mehrheitsparteien mit eventueller Einbeziehung der Nationalliberalen gebildet werden soll. Infolgedessen haben sich die Mehrheitsparteien bereits am Dienstag vormittag einig über das künftige Regierungsprogramm und die Verantwortlichkeit des leitenden Staatsmannes, der es durchführen soll, beraten. Dabei wurde von allen Seiten zugestanden, daß die nächste Hauptaufgabe die Auswahl des neuen Kanzlers sein müsse. Denn mit ihm muß nicht nur das Programm vereinbart werden, sondern er hat natürlich auch ein gewichtiges Wort über die Wahl der neuen Staatssekretäre mitzureden.

Schon aus der mehrstündigen Dauer der interfraktionellen Besprechungen am Dienstag vormittag war zu schließen, daß die Auswahl des Kanzlerkandidaten keine leichte ist. Die Mehrheitsparteien möchten begrifflicherweise die Parlamentarisierung mit einem Reichskanzler beginnen und durchführen, der dem Parlamente selbst angehört. Hier aber bieten sich nur wenige geeignete Kräfte, denn der neue Mann muß nicht nur staatsmännische Eigenschaften besitzen, sondern auch des Vertrauens der Mehrheitsparteien sicher sein und außerdem eine unverbrauchte Kraft darstellen. Die Blöcke richteten sich in erster Linie auf Herrn von Bager. Er hat in seiner bisherigen nicht leichten Stellung verstanden, die verschiedenen Parteien, auch die nicht der Mehrheit angehörenden, in gemeinsamer Arbeit zusammenzuhalten und gleichzeitig die Widerstände zu überwinden, die ihm als nicht in die Regierung hinein gewachsenem Parlamentarier naturgemäß entgegenstehen. Trotzdem machten sich, wie wir hören, bei der Sozialdemokratie und bei einem Teile seiner eigenen Parteifreunde, der Fortschrittler, Bedenken geltend, ob man dem begabten Vizekanzler die Last der Verantwortung des neuen Amtes noch aufbürden solle, und ob er durch seine Stellungnahme über den Ostfrieden nicht schon zu einseitig für kommende Friedensverhandlungen festgelegt sei. Indessen gibt es als wahrscheinlich, daß ihm zunächst das Amt von der Mehrheitspartei angeboten wird, sobald die Entscheidung dann in seiner Hand liegen würde.

Andere Kanzlerkandidaten sind zwar mehrfach in Erwägung gezogen worden, ohne daß einer von ihnen bisher allgemeine freundliche Zustimmung aller drei Mehrheitsparteien gefunden hätte. Die Beratungen darüber werden jedoch eifrig zwischen den Parteien und mit Regierungsvertretern fortgesetzt. Es heißt, daß auch unerwartet als neuer Unterhändler der Chef des Zivilkabinetts, Herr von Veig in Berlin eingetroffen sei; ob und wie weit er Einfluß auf die Beratungen erhält, ist freilich bei der Stimmung der Mehrheitsparteien zweifelhaft.

Ein Hauptwort haben jetzt erst die Fraktionen zu sprechen. Sie treten Dienstag Abend und Mittwoch alle zusammen, um Stellung zu den neuen Aufgaben zu nehmen, die jetzt der Volksvertretung erwachen. Sie werden die Berichte der Führer über das vereinbarte Regierungsprogramm und über die bisher gemachten Vorschläge für die neuen Männer entgegennehmen und die letzten Entscheidungen treffen. Es ist anzunehmen, daß die Lösung schnell herbeigeführt wird, sobald dann der Volksrechtstag Anfang nächster Woche zusammenzutreten kann, um das Siegel unter die Neuordnung zu drücken. Der Termin der Einberufung des Reichstages wird Mittwoch Mittag zwischen dem Präsidenten Seidenbach und dem Vizekanzler festgelegt werden.

Der „Berl. Hof. Anz.“ berichtet: Was aus parlamentarischen Kreisen verlautet, kränkt sich Herr v. Bager vorläufig immer noch, die Bürde des Reichskanzlerpostens auf seine Schultern zu nehmen. Sollte er bei seiner Weigerung beharren, so käme für den Kanzlerposten in erster Linie Herr von Bager oder der bisherige Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solz in Betracht. Graf Hertling, der nach dem Rücktritt aus dem Kanzleramt aus dem politischen Leben scheidet, wird Ende Oktober nach München abgehen, wo bereits eine Wohnung für ihn bereitsteht.